

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/020(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 22.06.2007	Hasselbachsaal	15:00Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom
27. 04. 2007
- 4 Anträge
 - 4.1 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur
Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/69

Fraktion Die Linkspartei:PDS

- 4.1.1 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
 Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
 Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur
 Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
 Vorlage: S0125/07

 BE: Oberbürgermeister
- 4.2 Konzept Städtepartnerschaften
 Vorlage: A0023/07

 FDP-Fraktion
- 4.2.1 Konzept Städtepartnerschaften
 Vorlage: S0122/07

 BE: Oberbürgermeister
- 4.3 Antrag des FuG-Ausschusses an den Stadtrat zur Einberufung eines
 interdisziplinären Kolloquiums
 Vorlage: A0072/07

 Ausschuss für Familie und Gleichstellung
- 4.3.1 Antrag des FuG-Ausschusses an den Stadtrat zur Einberufung eines
 interdisziplinären Kolloquiums
 Vorlage: S0138/07

 BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 4.4 Wanderausstellung "Erzwungene Wege"
 Vorlage: A0063/07

 CDU-Fraktion
- 4.4.1 Wanderausstellung "Erzwungene Wege"
 Vorlage: A0063/07/1
- 4.4.2 Wanderausstellung "Erzwungene Wege"
 Vorlage: S0106/07

 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 4.5 Erhöhung des Stellenwertes der Seniorenpolitik
 Vorlage: A0074/07

 Gesundheits- und Sozialausschuss
- 4.5.1 Erhöhung des Stellenwertes der Seniorenpolitik
 Vorlage: S0134/07

 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

- 4.6 Altenplanung der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0075/07

Gesundheits- und Sozialausschuss
- 4.6.1 Altenplanung der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0135/07

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 4.7 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07

Stadträte Jens Ansorge CDU-Fraktion, Martin Danicke SPD-Fraktion
Dr. Jürgen Hildebrand Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 4.7.1 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/1

Oberbürgermeister
- 4.7.2 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/2

Bund für Magdeburg
- 4.7.3 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/3

Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten
- 4.7.4 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/4

Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten
- 4.7.5 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/5
- 4.7.6 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/6
- 4.7.7 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/7
- 4.7.8 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/8

- 4.7.9 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/9

- 4.7.10 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07/10

- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Hauptstadtvertrag
Vorlage: DS0163/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und allgemeine Verwaltung
 - 5.1.1 Hauptstadtvertrag
Vorlage: DS0163/07/1

 - 5.2 Straffung und Effizienzsteigerung der IGZ-Beteiligungen der
Landeshauptstadt Magdeburg unter Einbeziehung der Betreuung der
Denkfabrik
Vorlage: DS0239/07

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

- 6 Informationen
 - 6.1 Information zum audit berufundfamilie
Vorlage: I0115/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- 7 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der stellv. Vorsitzende Stadtrat Stern eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, übt Kritik, dass die Drucksache DS0239/07 als Tischvorlage ausgereicht wurde und beantragt die Absetzung der Drucksache von der Tagesordnung.

Auf Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, beschließt der Verwaltungsausschuss mit 8 Ja,- 0 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Die Drucksache DS0239/07 wird von der heutigen Tagesordnung **abgesetzt**.

Der Hinweis des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bezüglich der noch nicht vorliegenden Stellungnahme zum Antrag A0079/07 – TPO – wird vom Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper aufgenommen.

An der Sitzung nimmt die Gleichstellungsbeauftragte Frau Beier teil.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der veränderten Tagesordnung einstimmig zu.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper übernimmt die Sitzungsleitung.

3. Genehmigung der Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 27. 04. 2007

Die Niederschrift der Sitzung vom 27.04.2007 wird von den Mitgliedern des Ausschusses einstimmig **bestätigt**.

- 4.1. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/69
-

An diesem Punkt nimmt die Pressesprecherin Frau Dr. Poenicke teil.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion bittet um Information hinsichtlich der derzeitigen Kosten, da diese nicht in der Stellungnahme S0125/07 dargestellt worden sind.

Stadtrat Michael Stage, Fraktion future! – die jugendpartei merkt an, dass die Verwaltung erst Aussagen zu den Kosten treffen kann, wenn der Änderungsantrag beschlossen ist und spricht sich für die Annahme aus.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, begründet den vorliegenden Änderungsantrag und spricht sich insbesondere dafür aus, eine kostengünstigere Variante zur Bürgerinformation bezüglich Sitzungsbekanntmachungen zu finden, die auch rechtssicher ist.

Die Pressesprecherin Frau Dr. Poenicke informiert über die derzeitigen Möglichkeiten der Bürgerinformation und bezeichnet die Ermittlung der Kosten für erheblich. Sie verweist in ihren weiteren Ausführungen auf mögliche Einsparungen bei zukünftigen Bekanntmachungen in der Magdeburger Volksstimme.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, informiert über die Handhabungen bezüglich der Bürgerinformation in anderen Städten und regt an zu prüfen, ob die Verschickung des Amtsblattes an alle Haushalte nicht kostengünstiger ist.

Die Pressesprecherin Frau Dr. Poenicke merkt bezüglich der Anmerkung des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, an, dass die Stadt Magdeburg nur ein Amtsblatt über das Ortsrecht veröffentlicht. Sie verweist abschließend darauf, dass die Nutzung des Mediums Internet als Trend zu beobachten ist.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält die Formulierung im Änderungsantrag für zu allgemein und kann aufgrund dessen keine Empfehlung an den Stadtrat geben.

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion, zeigt an einem Beispiel eine Reihe von kostengünstigeren Möglichkeiten der Bürgerinformation auf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0126/07/69 in seiner Sitzung am 05.07.2007 zu beschließen.

- 4.1.1. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0125/07
-

Die Stellungnahme S0125/07 wird zur Kenntnis genommen.

- 4.2. Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: A0023/07
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Teamleiterin für Veranstaltungsmangement und Auslandsbeziehungen Frau Gensch teil.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über seinen Besuch in Krakau und darüber, dass die Stadt 25 Städtepartnerschaften pflegt.

Die Teamleiterin für Veranstaltungsmanagement und Auslandsbeziehungen Frau Gensch informiert über das Vorhaben der Landeshauptstadt Magdeburg, mit der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (AGSA e.V.) einen Vertrag zur Übertragung von nichthohheitlichen städtepartnerschaftlichen Aufgaben abzuschließen. (Drucksache DS0027/07)

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, hält fest, dass die vorliegende Stellungnahme S0122/07 in die richtige Richtung geht, aber eine gewisse wirtschaftliche Strategie hinter den Bemühungen stehen muss. Er bittet darum, dies in der zu bildenden Arbeitsgruppe in den Vordergrund bei den weiteren Schritten für die Fortsetzung der städtepartnerschaftlichen Arbeit zu stellen.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, spricht sich für eine Beschränkung von ca. 6 einzugehenden Städtepartnerschaften aus und dafür, diese intensiver zu beleben.

Stadtrat Westpahl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte es bei der jetzigen Anzahl der Städtepartnerschaften belassen und diese ebenfalls intensiver pflegen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, verweist auf die kontroverse Diskussion in seiner Fraktion und regt an, die Städtepartnerschaften im überschaubaren Rahmen einzugehen. In diesem Zusammenhang fordert er den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper auf, den Stadtratsbeschluss zum Antrag A0043/03, seiner Fraktion auch umzusetzen. Dieser Beschluss besagt, Partnerschaftsprojekte mit je einer französischen und einer polnischen Stadt zu entwickeln.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht seine Überlegung dahingehend aus, bei städtepartnerschaftlichen Beziehungen auch auf mehr Bürgerkontakte einzugehen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass die Städte Harbin und Sapaoroshje ausschließlich wirtschaftliche Kontakte wollen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist bezüglich des Antrages A0023/07 auf die Festlegungen des Kulturausschusses , welcher die Vorlage eines Konzeptes fordert.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, gibt zu Bedenken, dass bei Eingehen von mehreren Städtepartnerschaften auch zusätzliches Personal benötigt wird.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich auch für die Erarbeitung eines Konzeptes aus und hält eine mit Leben erfüllte Städtepartnerschaft für vordergründig.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, ob es einen kritischen Brief des Bürgermeisters von Sarajevo gibt, informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass dieser ihm nicht bekannt ist. In diesem Zusammenhang hinterfragt Herr Dr. Trümper den Inhalt des geforderten Konzeptes.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht klarstellend auf die Intention des Antrages A0023/07 ein.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, legt seine Auffassung dahingehend dar, dass es sinnvoll ist, für jede Partnerschaft ein gesondertes Konzept mit konkreten Inhalt zu erarbeiten.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, erläutert nochmals die Intention des Antrages A0023/07.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, regt an, den Gedanken, ein Bürgerbüro für Auslandsfragen zu schaffen, in der zu gründenden interfraktionellen Arbeitsgruppe mit zu berücksichtigen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, unterstützt die Darlegungen des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS.

Abschließend sichert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zu, die Drucksache DS0027/07 entsprechend den gemachten Anregungen zu untersetzen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und 0 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0023/07 in seiner Sitzung am 05.07.2007 zu beschließen.

4.2.1. Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: S0122/07

Die Stellungnahme S0122/07 wird zur Kenntnis genommen.

- 4.3. Antrag des FuG-Ausschusses an den Stadtrat zur Einberufung eines interdisziplinären Kolloquiums
Vorlage: A0072/07
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen Herr Dr. Puchta, Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit und Herr Dr. Brakmann, Teamleiter Beteiligungsmanagement, teil.

Der Beigordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta sichert zu, den Antrag A0072/07 im Sinne der Stellungnahme S0138/07 umzusetzen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0072/07 im Sinne der Stellungnahme S0138/07 in seiner Sitzung am 05.07.2007 zu beschließen.

- 4.3.1. Antrag des FuG-Ausschusses an den Stadtrat zur Einberufung eines interdisziplinären Kolloquiums
Vorlage: S0138/07
-

Die Stellungnahme S0138/07 wird zur Kenntnis genommen.

- 4.4. Wanderausstellung "Erzwungene Wege"
Vorlage: A0063/07
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen Herr Petsch, Fachdienstleiter 41.1 und Herr Dr. Hasse, Koordinator Museen teil.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, begründet den Antrag A0063/07, nimmt zur vorliegenden Stellungnahme S0106/07 kritisch Stellung und plädiert dafür, dass die Bürger sich selbst ein Bild über das Geschehene machen können. Er bittet abschließend darum, mit den Städten, in denen die Ausstellung bereits durchgeführt wurde, Kontakt aufzunehmen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist zurück, dass die Stellungnahme S0106/07 eine Entmündigung der Bürger darstellt und verweist auf die Intention des Antrages A0063/07.

Herr Petsch, Fachdienstleiter 41.1 begründet die vorliegende Stellungnahme S0106/07 und die Empfehlung, sich um die Ausstellung „Flucht-Vertreibung-Integration“ zu bemühen.

Stadtrat Westphal, Mitglied im Ausschuss K informiert über das Beratungsergebnis im Ausschuss und verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag A0063/07/1.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, begründet seine ablehnende Haltung gegenüber dem Änderungsantrag A0063/07/1 des Ausschusses K.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, nimmt kritisch zur Stellungnahme S0106/07 der Verwaltung Stellung.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, schließt sich der vorliegenden Stellungnahme S0106/07 an.

Stadtrat Michael Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, vertraut ebenfalls auf die Fachkenntnis der Verwaltung und folgt der Stellungnahme S0106/07.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, hält eine Ausstellung mit Exponaten umfassender als die im Antrag A0063/07 vorgeschlagene Variante.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, verlässt die Sitzung. In Vertretung nimmt Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, an der weiteren Sitzung teil.

Nach eingehender Diskussion empfiehlt der Verwaltungsausschuss mit 4 Ja-, 8 Neinstimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat in seiner Sitzung am 05.07.2007 die Beschlussfassung zum Antrag A0063/07 nicht.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-, 5 Neinstimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0063/07/1 des Ausschusses K in seiner Sitzung am 05.07.2007 zu beschließen.

4.4.1. Wanderausstellung "Erzwungene Wege"
Vorlage: A0063/07/1

4.4.2. Wanderausstellung "Erzwungene Wege"
Vorlage: S0106/07

Die Stellungnahme S0106/07 wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Erhöhung des Stellenwertes der Seniorenpolitik
Vorlage: A0074/07

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen Herr Villard und Frau Rohden aus der Abteilung Grundsatzbereich im Sozial- und Wohnungsamt teil.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge bringt den Antrag A0074/07 ein.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0074/07 in seiner Sitzung am 05.07.2007 zu beschließen.

4.5.1. Erhöhung des Stellenwertes der Seniorenpolitik
Vorlage: S0134/07

Die Stellungnahme S0134/07 wird zur Kenntnis genommen.

4.6. Altenplanung der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0075/07

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen Herr Villard und Frau Rohden aus der Abteilung Grundsatzbereich im Sozial- und Wohnungsamt teil.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0075/07 in seiner Sitzung am 05.07.2007 zu beschließen.

4.6.1. Altenplanung der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0135/07

Die Stellungnahme S0135/07 wird zur Kenntnis genommen.

4.7. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz, der Leiter des Rechtsamtes Herr Marske und die Teamleiterin für Personal- und Organisationsplanung des FB 01 Frau Jeanvré teil.

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0035/07/1 des Oberbürgermeisters
- Änderungsantrag A0035/07/2 der Fraktion BfM
- Änderungsantrag A0035/07/3 und /4 des Ausschusses KRB
- Änderungsantrag A0035/07/5 bis /8 interfraktionell
- Änderungsantrag A0035/07/9 der FDP-Fraktion
- Änderungsantrag A0035/07/10 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Lischka begründet die Änderungsanträge A0035/07/3 und /4 des Ausschusses.

In seiner Eigenschaft als Stadtrat der SPD-Fraktion informiert er über das Beratungsergebnis mit Kommunalparlamentariern anderer Städte und bringt seine Bedenken bezüglich der Auslegung der Geschäftsordnung, falls neonazistische Vertreter in den Stadtrat gewählt werden, ein. Er regt an, die Geschäftsordnung des Stadtrates in den nächsten Wochen auch unter Beachtung der Vielzahl von Änderungsanträgen zu qualifizieren.

Stadtrat Ansorge informiert in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Stadtrates, dass die Überarbeitung der Hausordnung im September diesen Jahres erfolgt.
Er folgt der Empfehlung des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper, erst einmal die Kommunalwahlen abzuwarten.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, verweist auf bestehende Schwierigkeiten in der Anwendung der Geschäftsordnung des Stadtrates und erachtet es als sinnvoll, diese Fragen im Vorfeld der Kommunalwahl zu klären.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt seinen Standpunkt bezüglich der geäußerten Bedenken des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion dar.

Stadtrat Michael Stage, Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM und Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS sprechen sich dafür aus, vorbeugend zu handeln, wobei Stadtrat Brüning dringenden Handlungsbedarf sieht.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den Antrag A0035/07 inklusive aller vorliegenden Änderungsanträge zu vertagen und erneut im Ausschuss KRB zu beraten.

Abschließend verweist der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz auf eine von der Verwaltung erarbeitete Synopse und reicht diese an alle Mitglieder des Verwaltungsausschusses aus.

Der Antrag A0035/07 inklusive aller vorliegenden Änderungsanträge wird vertagt und erneut in den Ausschuss KRB zur Beratung überwiesen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Hauptstadtvertrag Vorlage: DS0163/07

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz, der Leiter des Rechtsamtes Herr Marske und die Teamleiterin für Personal- und Organisationsplanung des FB 01 Frau Jeanvré teil.

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Lischka informiert über das Beratungsergebnis im Ausschuss und über die abgegebene Empfehlung. Er gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (Im Punkt 1, 3. Zeile ist nach dem Wort „Punkten“ einzufügen: bis 10/07)

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt die Empfehlung des Ausschusses KRB und bezeichnet diese als zielführend.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper schlägt vor, einen gemeinsamen Brief mit dem Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge an den Ministerpräsidenten zu verfassen und diesen vorab an die Fraktionen als Entwurf auszureichen.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Schindehütte informiert, dass der Ausschuss die Annahme der Drucksache DS0163/07 empfohlen hat. Er spricht sich dafür aus, erst einmal die Drucksache im Stadtrat zu beschließen und signalisiert, der Empfehlung des Ausschusses KRB nicht zuzustimmen.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, begrüßt die vorliegende Drucksache DS0163/07 und signalisiert seine Zustimmung zum Punkt 1 der Empfehlung des Ausschusses KRB.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, begrüßt die Empfehlung des Ausschusses KRB und hält es für sinnvoll, dass alle Magdeburger Landtagsabgeordneten in der zu bildenden Arbeitsgruppe mitarbeiten.

Stadtrat Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, legt seine Auffassung zum Hauptstadtvertrag dahingehend dar, dass unbedingt das Gespräch mit dem Land gesucht werden muss, um über die Perspektiven und die Entwicklung der Stadt Magdeburg zu sprechen.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, begründet seine Ablehnung zum Punkt 2 der Empfehlung des Ausschusses KRB und spricht sich für die Annahme des Punktes 1 aus.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, unterstützt die Empfehlung des Ausschusses KRB und die Anregung des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, auch Landtagsabgeordnete mit in die Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen, die nicht Mitglied im Stadtrat sind.

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Lischka begründet die Empfehlung noch einmal dahingehend, dass der Stadtrat am 05.07.2007 noch nicht so weit sei, ein überzeugendes Signal an das Land zu geben.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausschusses KRB Stadtrat Lischka und hält eine erneute Diskussion im Stadtrat am 05.07.2007 für zu früh.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, spricht sich auch gegen eine Beratung der Drucksache DS 0163/07 im Stadtrat am 05.07.2007 und für den Punkt 1 der Empfehlung des Ausschusses KRB aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Verwaltungsausschuss mit 12 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung entsprechend der Empfehlung des Ausschusses KRB zu verfahren.

Die Drucksache DS0163/07 wird **zurückgestellt**.

- 5.2. Straffung und Effizienzsteigerung der IGZ-Beteiligungen der
Landeshauptstadt Magdeburg unter Einbeziehung der Betreuung
der Denkfabrik
Vorlage: DS0239/07
-

Die Drucksache DS0239/07 wurde auf Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, von der Tagesordnung **abgesetzt**.

6. Informationen

- 6.1. Information zum audit berufundfamilie
Vorlage: I0115/07
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz informiert, dass er in Berlin das Grundzertifikat entgegengenommen hat.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass eine Investorengruppe der GLOBUS SB-Warenhaus Holding GmbH & Co.KG an ihn herantreten ist, um ihr Ansiedlungsbegehren „Globus SB-Warenhaus“ vorzustellen.

Im Nachgang gab es ein Gespräch mit dem Bürgermeister der Gemeinde Barleben, in welchem dieser vorschlug, ein gemeinsames Gewerbegebiet in der Gemarkung Barleben anzusiedeln. Er bittet die Mitglieder des Verwaltungsausschusses ihre Meinung dazu darzulegen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, betont, dass die Ansiedlung eines weiteren Gewerbegebietes den Tod der Innenstadt bedeuten würde und lehnt dies ab.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet ebenfalls seine ablehnende Haltung zur Ansiedlung eines weiteren Gewerbegebietes.

Nach eingehender Diskussion empfiehlt der Verwaltungsausschuss, die Ansiedlung eines gemeinsamen Gewerbegebietes mit der Gemeinde Barleben abzulehnen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Vertreter

Vors. des Stadtrates Jens Ansorge

Stadtrat Hubert Salzborn

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Wigbert Schwenke